

Position und Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)

zur

Öffentlichen Konsultation der EU Kommission “Bioeconomy Strategy: Towards a circular, regenerative and competitive bioeconomy (call for evidence)”

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) ist die gesetzliche Interessenvertretung von rund 570.000 österreichischen Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr, Banken & Versicherungen, Tourismus und Dienstleistungen.

Allgemeine Bemerkungen

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) unterstützt eine EU-Bioökonomiepolitik, die auf die Förderung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft abzielt. Die Förderung der Bioökonomie als Teil der Wirtschaftspolitik ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen Industrie.

Die Bioökonomie ist ein integraler Bestandteil einer Kreislaufwirtschaft, die darauf ausgerichtet ist, Bestandteile von Gütern biogenen Ursprungs nach ihrem Gebrauch wieder dem Wertschöpfungskreislauf zuzuführen - ist deren stoffliche Nutzung nicht mehr möglich, können diese problemlos energetisch verwertet werden (kaskadische Nutzung). Biobasierte Industrien gelten als Schlüssel für eine nachhaltige, innovationsgetriebene Wirtschaftsweise. Sie schaffen neue Märkte, senken langfristig Umweltrisiken und tragen zur Versorgungssicherheit und Klimaneutralität bei. Damit sind sie nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein strategisch-ökonomisches Zukunftsfeld.

Strategischer und rechtlicher Rahmen in Österreich ausreichend

Österreich hat bereits wesentliche Grundlagen zur Förderung der Bioökonomie geschaffen und im Mai 2018 die Klima- und Energiestrategie „#mission2030“ beschlossen - ein herausragender Teil dieses Beschlusses war die Erarbeitung einer umfassenden Bioökonomiestrategie, welche im März 2019 vorgelegt wurde. Darüber hinaus bilden weitere Gesetze und Strategien den Rahmen einer nationalen Bioökonomiepolitik, wie z.B. die Waldstrategie 2020+.

Wesentliche Eckpunkte der WKÖ für eine Etablierung der Bioökonomie in Europa

1. Kein eigener europäischer Rechtsrahmen nötig

Bioökonomie-spezifische Regulierungen auf EU- Ebene sind nicht nötig, da die Bioökonomie zusammen mit der Kreislaufwirtschaft in sehr unterschiedlichen und vielfältigen Sektoren bereits stark mit etablierten Bereichen der Produktionswirtschaft verwoben ist.

Maßnahmen:

- **Politische Rahmenbedingungen:** Unternehmen brauchen verlässliche und fördernde Rahmenbedingungen (z.B. faire CO₂-Bepreisung, Anreize für nachhaltige Produkte, Abbau von Bürokratie) - die Bioökonomie muss durch **allgemein gute Wirtschafts- und Standortbedingungen** in Europa gefördert und gestärkt werden (Rohstoffe, Energie, Verfügbarkeit von Arbeitskräften, Arbeitskosten, Genehmigungen, Steuern ...)
- Transparente und objektive Beurteilung, welche Politiken derzeit schon **förderlich bzw. hinderlich** sind.

2. Regulatorische Widersprüche auflösen

Der wachsende Rohstoffbedarf der Bioökonomie steht prinzipiell im Widerspruch zu einem konsequenten Schutzansatz der Naturschutz- und Biodiversitätsgesetzgebung, insbesondere auf Flächen außerhalb von Natura 2000-Gebieten. Ohne ein klares Bekenntnis der EU-Politik zu einem „sowohl als auch“ wird die Bioökonomie rasch an ihre (räumlichen) Grenzen stoßen.

Maßnahmen:

- Analyse bestehender negativer Wechselwirkungen (z.B. Außernutzungsstellung, Renaturierung, land- und forstwirtschaftliche Produktionsveränderungen) durch die EU-Gesetzgeber bzw. die Mitgliedstaaten
- Anpassung der Gesetzgebung im Sinne einer regionalen, subsidiären Entscheidungsfreiheit auf Basis einer seriösen sozioökonomischen Interessenabwägung (Regionen müssen selbst entscheiden können, welches Ausmaß an Schutz und Nutzung für sie am besten funktioniert).

3. Druck auf begrenzte Ressourcen richtig managen

Es fehlt in vielen Mitgliedsstaaten an validen Daten über aktuelle und künftige Kohlenstoffströme. Dies führt dazu, dass Rohstoffpotenziale für die Bioökonomie, die Kreislaufwirtschaft oder den Erneuerbaren-Energiemarkt drastisch überschätzen werden. Solche „Mehrfach-Bilanzierungen“ und falschen Erwartungen münden letztlich in höhere Preise und fördern einen irrationalen Markt. Politisch überambitionierte Vorgaben zur Bioökonomie können rohstoffseitig z.B. neue Abhängigkeiten schaffen und bestehende wirtschaftliche Strukturen ins Ungleichgewicht bringen. Während neue, einseitige Abhängigkeiten (vgl. Abhängigkeit der EU von russischem Erdgas) vermieden werden müssen, sind strategische Rohstoffpartnerschaften mit Ländern außerhalb der EU in vielen Bereichen dennoch essenziell.

Maßnahmen:

- **Daten:** Einheitliche, anerkannte und EU-weit harmonisierte Datenbasis schaffen
- Entwicklung von Angebot und Nachfrage an biogenen Rohstoffen realistisch bewerten
- **Unterstützung von Ressourcenerschließung:** Statt quantitative Ziele vorzugeben, soll die Politik Unternehmen bei der Erschließung von Ressourcen unterstützen.
- Aufbau internationaler **Rohstoffpartnerschaften** in der Bioökonomie
- **Internationale Wettbewerbsfähigkeit:** Die Bioökonomie soll so evolutionär und nachhaltig aufgebaut und gestaltet werden, dass europäische Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können.

4. F&E und bestehende Infrastruktur für Bioökonomie nutzbar machen

Bei vielen Technologien, die für die Bioökonomie essenziell sind, ist der Standort Europa bei Forschung, Entwicklung und Produktion führend. Für die Bioökonomie spricht, dass sie hochinnovativ ist, zugleich Hand in Hand mit der „old economy“ gehen kann (bis hin zur Petrochemie) und viele bereits bestehende Infrastrukturen (Transport, Produktionsanlagen, Vertriebsstrukturen, ...) 1:1 nutzen kann. Dadurch halten sich die Transformationskosten in Grenzen.

Maßnahmen:

- **Schaffung eines innovationsfreundlichen Rahmens:** Durch passende Rahmenbedingungen soll die Innovationskraft der Unternehmen gestärkt und ein barrierefreier Zugang der Bioökonomie zu F&E geschaffen werden.

- Skalierung: Viele Technologien sind aus der Forschung bekannt, aber (noch) nicht wettbewerbsfähig im industriellen Maßstab. Daher die angewandte Forschung und bestehende Innovationsplattformen (Wissenschaft - Wirtschaft, B2B, B2C) erhalten und ausbauen.
- **Vereinfachung von EU-Förderprogrammen:** Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden, um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu erleichtern.

5. Akzeptanz für Rohstoffbedarf und Technologien schaffen

Europa ist im Vergleich zu anderen Kontinenten arm an erneuerbaren Rohstoffen, wobei das bestehende Rohstoffförderpotential noch nicht vollständig ausgeschöpft ist. Aufgrund der knappen Flächen und der teils ungünstigen klimatischen Voraussetzungen spielt die Akzeptanz von Bevölkerung, Politik oder NGOs für die nötige Flächeninanspruchnahme eine umso größere Rolle. Gleches gilt für die Anwendung bestimmter Technologien, deren Zulässigkeit nicht immer faktenbasiert diskutiert wird.

Maßnahmen:

- Akzeptanz: Bei Endverbrauchern und in industriellen Wertschöpfungsketten müssen sich biobasierte Produkte etablieren.
- Win-Win-Modelle Biodiversität-Bioökonomie artikulieren und propagieren
- **Technologieoffenheit:** Die Politik sollte Unternehmen die Wahl der besten Technologien ermöglichen, ohne bestimmte Technologien vorzuschreiben. Keine systematische oder kategorische Ablehnung von bestimmten Technologien oder Produkten der Bioökonomie

Ansprechpartner

Mag. Christoph Haller, MSc
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63, A- 1045 Wien
Tel: 0043 5 90 900-4196, Mail: christoph.haller@wko.at

Mag. Richard Guhsl
Wirtschaftskammer Österreich
Bundessparte Industrie
Wiedner Hauptstraße 63, A- 1045 Wien
Tel: 0043 5 90 900-3435, Mail: richard.guhsl@wko.at